

Antrag des DL21-Bundesvorstandes

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der DL21 am 5. Juni 2021 via Zoom

zur Versendung an die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag:

Der 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion gemahnt: Entspannung und Kooperation statt Konfrontation und „FCAS“!

Am 22. Juni 2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion fielen dem Raub- und Vernichtungskrieg des „Dritten Reichs“ zum Opfer. Weltmachtstreben war die Triebfeder auch schon des ersten Weltkriegs. Der 22. Juni mahnt uns: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Aus der Geschichte erwächst eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik für eine Politik der Abrüstung und Entspannung gerade in Bezug auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und eine Politik der Verständigung gegenüber Russland und zwischen Russland und seinen Nachbarn.

Mit Sorge sehen wir daher die geschichtsvergessene und überhebliche Politik der Stärke durch Nato-Osterweiterung, Luftübungen mit strategischen US-Bombern und Natomanövern bis an die Grenze zu Russland, verbales Säbelrasseln und Aufrüstung. Strikt abzulehnen ist die geplante europäische Aufrüstung mit dem (laut FAZ) rund 500 Milliarden Euro teuren „future combat air system“ FCAS, dem nach Angaben des deutschen Luftwaffeninspektors „größten europäischen Rüstungsprojekt überhaupt“. FCAS ist geplant als ein auf die offensive Kriegführung gegen hoch entwickelte Militärsysteme ausgelegtes Waffensystem aus atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen und Schwärmen von Kampfdrohnen. Anstatt die Menschen in Europa mit den Kosten für solche Riesenrüstungsprojekte zu belasten, muss die Sozialdemokratie für ganz Europa eine neue Entspannungspolitik auf die Tagesordnung HEUTE setzen: Für eine neue Ära der Politik der gemeinsamen Sicherheit, der Abrüstung und Rüstungskontrolle, der Völkerverständigung und der friedlichen Kooperation mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Diese Aufgabe hatte bereits Willy Brandt in seiner programmatischen Rede bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1971 klar ausformuliert, und sie wurde mit der Charta von Paris am 21. November 1990 von allen KSZE-Staaten beschlossen.

Eine der ersten vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen dieses Richtungswechsels muss es sein, dass sich die Bundesrepublik nicht in die Lage versetzt, einen Krieg gegen Russland oder China zu führen. Wir fordern die Mitglieder der Fraktion der SPD im Bundestag auf, in dessen Sitzung am Tag nach dem 80. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, am 23.6.2021, den Antrag zur Finanzierung weiterer Vorbereitungs Schritte hin auf die Verwirklichung von FCAS abzulehnen. Die freiwerdenden Mittel sind zivil für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung hier wie dort und die Intensivierung von Austausch und Völkerverständigung einzusetzen.